

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Wochenschrift: Tageblatt Riesa.

Numm. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kreisbeamtenkasse beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststedtorto: Dresden 1533

Girokonto: Riesa Nr. 52.

Nr. 64.

Donnerstag, 17. März 1927, abends.

80. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 19 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Sohn. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abhöhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Grundpreis für das Gescheine an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. aus breite, 2. am hohe Grundpreis, 6 Silber) 20 Gold-Pfennige; die 20. aus breite Nellmazette 100 Gold-Pfennige (zweimaliges Gold-Gesetz 50%, Aufschlag. Feste Tische, Gewichtiger Hobel erfordert, wenn der Betrag verdeckt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge — hat der Bezieher einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Beantwortet durch Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstellen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Reine Gefährdung der Regierungskoalition.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Parteien der Regierungskoalition haben nicht zugesagt, dass Meinungsverschiedenheiten über die soziale Versicherung befehlten, jedoch besteht auf allen Seiten der feste Willen, einen Ausweg zu finden. Der interfraktionelle Ausschuss ist zu diesem Zweck fast täglich zusammengetreten, und die Vertreter der Parteien hatten Gelegenheit, nach einem Kompromiss zu suchen. In der Arbeitszeitfrage ist die einzige Formel näher gerückt als bei der Erhöhung der Invalidenversicherung, die bei der Deutschen Volkspartei auf Bedenken stößt, nachdem der Reichsfinanzminister selbst erklärt hat, dass außerste Sparmaut angewendet werden müsse.

Die Regierungsparteien sind sich jedoch darüber klar, dass beide Fragen nicht schwerwiegend genug sind, um darüber den Bestand des Kabinetts zu gefährden. Die Richtlinien des Kabinetts und der Koalition seien zu fest gelegt, als dass bei dem ersten Sturm der Bruch schon kommen müsse. Auch die kommenden Beratungen über das Reichsschulgesetz und den Abschluss eines Reichsschulordnisses dürften aller Vorauflösung nach den Beweis für die Rechtmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien erbringen. Die liberalen Gruppen des Parlaments sehen sich mit aller Entschiedenheit für die Verlängerung des Konkordates bis zum Abschluss des Reichsschulgesetzes ein. Das Zentrum und die Deutschnationalen haben bestimmt Erklärungen noch nicht abgegeben, in welcher Weise folgen sie die Verabschließung beider Gesetze wünschen.

Es ist ein eigenartiger Zufall, dass gerade bei dem Einsetzen der innerpolitischen Schwierigkeiten das Reichskabinett mit dem Genfer Ergebnis belohnt wird. Für die Deutschnationalen ist es keine leichte Aufgabe, das Resultat der Völkerbundstötung zu akzeptieren, jedoch lautet der Beschluss der Reichstagssitzung und des Verteilungskomitees dahin, dass die Abmachungen Dr. Stresemanns als bindend anzusehen seien. Allerdings hat die Fraktion der Deutschnationalen den dringenden Wunsch ausgesprochen, dass künftig der Reichsinnenminister mit gebundener Marschroute nach Genf gehen soll, ein Wunsch, der im Kabinett sehr wenig Gegenliebe findet, da die Genfer Situation häufig ein selbständiges Handeln des deutschen Hauptvertreters erforderlich machen wird. Vom Kabinett selbst werden diese Fragen als wenig wichtig angesehen, weshalb man das Hauptanliegen setzt auf die Verabredung des Reichsstaats und anderer dringender Geschäftsvorlagen, sowie auf die diplomatischen Verhandlungen mit Polen und den Weltstaaten rücksicht. Nach der Annahme des Kompromisses zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jaleski über Überschleissen, das Niederlassungsrecht, die Ausweisungsfrage und den Handelsvertrag durch das Reichskabinett steht die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen nahe bevor. Der Gesandte Mauscher wird den Beschluss des Kabinetts persönlich der polnischen Regierung mitteilen und den Termin für den Wiederbeginn der Verhandlungen mit ihr zusammen festlegen. Innerhalb der deutschen Industrie gibt man sich der Hoffnung hin, dass es endlich gelingen möge, den Zollkrieg zwischen Polen und Deutschland durch einen geregelten Handelsvertrag völlig zu beenden. Nach dem glänzenden Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris ist auch mit einer entgegengesetzten Haltung der Warschauer Regierung zu rechnen, die es bisher verstanden hat, sich den Schein des Rechts zu geben, um aus der unglücklichen Lage Deutschlands dauernd politisches Kapital für Polen zu schlagen.

Die nächste Tagung des Völkerbundsrates.

Berlin. Nach einer Meldung aus Genf teilte das am 16. d. M. abends erschienene provisorische Programm des Generalsekretariats mit, dass die 45. Sessjon des Völkerbundsrates am 6. Juni in Genf abgehalten werden wird. Das Finanzkomitee tritt am 8. Juni zusammen.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände zur politischen Lage.

* Berlin. In einer Erklärung, die die Reichsverteidigung der Vereinigten Vaterländischen Verbände gestern zur politischen Lage fasste, heißt es u. a.:

Durch den Eintritt der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierungskoalition ist die nationale Opposition im Reichstage neuerlich unzureichend geworden. Aus dieser Lage erwächst für die vereinigten Verbände das unabdingbare Gebot, die nationale Opposition im Lande aufrecht zu erhalten und sie zu aktivieren mit dem Ziel, im Horte immer stärkere nationale Machtkräfte zu sammeln.

Wir sehen die Opposition nicht in einem Kampf der jungen Regierung, sondern wir müssen den uns nahestehenden Parteien des alten Hörtes in der Erwartung, dass sie der Bedeutung einer parteipolitischen unabhängigen nationalen Bewegung im Lande bewusst sind.

In dem vorangegangenen Ergebnis der letzten Verhandlungen des Völkerbundsrates erschien wie ein Verlust der von uns befürworteten sozialen Politik. Trotz unseres unbestrittenen Reichsvertrags hat die deutsche Außenminister verloren. Wie verloren von der Regierung, das die endlich unterschriebenen Verträge ein energisches Recht eingerichtet.

Der Kampf um Schanghai in vollem Gange.

Vor entscheidenden Rämpfen in China.

* London, 16. März. (Teleunion.) Wie aus dem Hauptquartier Tschangkholins berichtet wird, sind der Befehlshaber von General Tscha sowie Muwei nach der Einnahme von Tschangtschan in westlicher Richtung entflohen.

Die Schlacht um den Besitz Schanghais ist nach den letzten Berichten nunmehr im vollen Gange. Die Schontung-Truppen sind langsam aber stetig aus ihren starken Verteidigungsstellungen östlich und westlich des Taipu-Seen-Gürtels vertrieben worden. Den Kanton-Truppen ist es gelungen, die Stadt Gibin am Teidu-See einzunehmen. Sie haben in Ausnutzung ihrer Erfolge auch einen wichtigen strategischen Punkt an der Ningpo-Schanghai Eisenbahn besetzt, wodurch General Tschangtschans gezwungen wird, sich nach Wuttsang zurückzuziehen, während seine Verbindungen mit Ningpo an jenem Teile der Front abgeschnitten sind. Ningpo ist praktisch isoliert.

Nach einem weiteren Bericht hat sich der chinesische Flottenbefehlshaber auf dem Yangtse, der sich bisher von den feindlichen Operationen ferngehalten hat, nach Hanfou begeben, um den Kantoneseen seine Dienste anzubieten.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages.

Berlin. (Funkspruch.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Abg. Wallraf (Dn.) und bei Teilnahme fast sämtlicher Ausschusmitglieder und zahlreicher Vertreter der Reichsbehörden zu der Sitzung zusammen, in der über die allgemeine politische Lage und insbesondere die Genfer Verhandlungen beraten wurde. Vom Reichskabinett war nur der Reichsaußenminister Dr. Stresemann anwesend, da zugleich eine Kabinettssitzung stattfand. Der Reichsaußenminister war von dem Staatssekretär Dr. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus begleitet. Dr. Stresemann leitete die Verhandlungen mit seinen Ausführungen über Genf und die politische Lage ein.

Der Ausschuss wird seine Beratungen am Freitag vormittag um 10 Uhr fortsetzen.

Trauerfall in der Familie des Reichswehrministers.

Augsburg. (Funkspruch.) In der vergangenen Nacht starb hier an den Folgen einer schweren Grippekrankung der jüngste Sohn des Reichswehrministers Dr. Gehler, der damit seinen letzten Sohn verloren hat. Der älteste Sohn erlag bereits im Jahre 1924 einem Herzschlag. Die Beisetzung des Verstorbenen wird in Lindenberg (Allgäu) erfolgen.

Augsburg. (Funkspruch.) Um Sterbelager des 18-jährigen Sohnes des Reichswehrministers weilten die schwergeprägten Eltern. Die Leiche wird heute nach Lindenberg im Allgäu übergeführt, wo am Sonnabend oder Sonntag die Beisetzung im Familiengrab erfolgt. Heute vormittag fand in der Heiligen Kreuzkirche ein Trauergottesdienst statt, dem das Realgymnasium, dessen Unterprima der Verstorbene angehörte, beiwohnte.

Teileidtelegramm des Reichskanzlers an den Reichswehrminister.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichswehrminister Dr. Gehler, zu dem durch den Tod seines Sohnes erlittenen schweren Verlust telegraphisch das tiefste Anteil ausgedrückt.

Ankunft des dänischen Königs in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Das dänische Königspaar traf heute vormittag vor Paris kommend hier ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der dänische Gesandte mit sämtlichen Mitgliedern der dänischen Gesandtschaft und von Seiten der deutschen Regierung der Chef des Protokolls Gesandter Köster eingefunden.

Der König von Dänemark beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der König von Dänemark hielt heute vormittag kurz vor 12 Uhr den Herrn Reichspräsidenten einen Besuch ab. Im Ehrenhof des Präsidentenpalais erhielt eine Abteilung Reichswehr die militärische Ehrebezeugung. Der Herr Reichspräsident empfing den König am Eingang und geleitete ihn in das Präsidentenzimmer, wo die beiden Staatsoberhäupter eine längere Unterredung hatten.

Genau 1 Uhr batte der Herr Reichspräsident im dänischen Palast dem König einen Gegenbesuch ab. Den

Nach in Tokio eingetroffenen Nachrichten aus der Mandchurie ist man dort über die Lage in Charbin unerhört, wo die sowjetrussische Aktivität zu einer ständig zunehmenden Drohung für die Abhänger Tschangkholins wurde. Russen behaupten bereits, dass eine bewaffnete Invasion in der Mandchurie bevorstehe.

Die Lage in Schanghai.

Berlin. (Funkspruch.) Heute meldet aus Schanghai: Die Agitation unter den Arbeitern nimmt immer mehr zu. Von der Bewegung sind 20.000 Arbeiter der Gewerkschaften betroffen. Das letzte Opfer der Terroristen wurde die Gattin des chinesischen Diplomaten der Straßenbahnen, die in ihrer Wohnung durch Revolverstöße getötet wurde. Die Mörder sind entkommen.

Verhandlungen wegen der Übergabe Schanghais.

Schanghai. (Funkspruch.) Wie gemeldet wird, verhandeln der Führer der Schantunstruppen General Tscha und der Oberbefehlshaber der Kantonarmee Tschangtschans über die Möglichkeit eines Abkommens, durch das den Nationalisten die friedliche Besetzung der Stadt Schanghai ermöglicht werden soll.

Aufschluss hieran fand auf der dänischen Botschaft ein Frühstück statt, an dem der Herr Reichspräsident teilnahm. In diesem Frühstück waren u. a. geladen Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Ein Welttagreford der Junkers-Werke.

Dessau. (Funkspruch.) Der bekannte Peking-Mitarbeiter der Junkers-Werke, Pilot Schnecke, stieg am Mittwoch 4 Uhr mit der Junkers-Maschine N. 30 auf und blieb ununterbrochen 18 Minuten in der Luft. Er stellte mit einer Beladung von 500 Kilogramm einen Welttagreford auf.

Noch immer Generaldebatte über den Finanzausgleich.

Wbd. Berlin. Der Steuerausschuss des Reichstages setzte am Mittwoch die allgemeine Ausbrache über den Finanzausgleich fort. Abgeordneter Dr. Brüning (Dr.) erklärt den Vorwurf für gegenstandslos, dass durch das Kompromiss die oparischen Länder bevorzugt würden. Unverständlich sei auch Breuhens Widerstand gegen die neuen Steueranteile der süddeutschen Länder. Die Behauptung, dass Breuhens Eisenbahnen rentabel gewesen seien, lasse sich nicht halten, wenn man die Schulden berücksichtige. Redner warnte vor der Illusion, dass eine Verwaltungsreform sofort Ersparnisse mit sich bringe. Die Opposition sei nicht aus bötem Willen von der Vorarbeit für die Kompromissanträge ausgeschlossen worden, sondern weil die Zeit drängte. Es handele sich nicht um eine grundsätzliche Ablehnung der Steinholde'schen Politik.

Abgeordneter Dr. Fischer-Köln (Dem.) erwartete über das Abkommen mit Bayern vor Einbringung des Entwurfs eine Auseinandersetzung im Plenum. Die Gesamtlasten seien dadurch zu beschränken, dass man die Einschläge vermindere und also mit Steuerentlastungen vorgehe. Das mache nicht tue, sei eben die Ablehnung von der Steinholde'schen Politik. Der Redner berechnete die Ersparnisse der Länder und Gemeinden durch den Wegfall der Gewerbesteuernunterstützung auf 350 Millionen. Wie könnte der Finanzminister da die Garantie auf 2,6 Milliarden erhöhen und die Steueranteile vermehren, in einem Augenblick, wo auch Breuhens große Aufwertungsansprüche geltend mache? Auch außenpolitisch sei das jegliche Vorgehen bedenklich. Eine Änderung der Steueranteile sei mindestens eine Verfassungsänderung. Der Redner verlangte eine feste Summe von etwa 2,5 Milliarden für die Zuweisungen oder wenigstens eine Heraufsetzung auf 2,4 Milliarden und eine anderweitige Verteilung der 450 Millionen. Das Provisorium dürfe nur auf ein Jahr gelten, denn im Herbst 1928 vor den Wahlen werde kein Reichstag mehr einen endgültigen Finanzausgleich fertigstellen.

Staatssekretär Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber beklagten, dass sie bei der Verteilung nach dem Umfragewert-Mittel leicht weg kämen, würden durch die Abnahme der Gewerbesteuerrücklage begünstigt. Die Gewerbesteuerverteilung sei keine Verfassungsänderung.

Statistiker Dr. Pöhl erklärt, dass das Rechnungsjahr 1926 eine Gewerbesteuerrücklage-Belastung von 1,3 Milliarden gebracht habe. Durch den Fortfall der Kriegerfürsorge würde Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen werden. Gerade diejenigen Länder, die sich darüber be